
Besondere Vertragsbedingungen (BVB)

Vertrag

über

Logistikleistungen Campus Innenstadt

zwischen

dem **LMU Klinikum (Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München)**

- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Marchioninistraße 15, 81377 München
vertreten durch den Ärztlichen Direktor und den Kaufmännischen Direktor

(nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“ genannt)

und

dem **Bieter**, der für das Vergabeverfahren
mit der LMU Klinikums-Projekt-Nummer **EVL-0037-2026**
den Zuschlag erhalten hat¹

(nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt)

(nachfolgend gemeinsam „die Vertragspartner“ genannt)

Dieser Vertrag enthält individuell für diesen Bedarf erstellte Besondere Vertragsbedingungen (**BVB**) und verweist auf die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (**ZVB**) des LMU Klinikums, die ebenfalls gelten, soweit sie in diesen vorrangig geltenden BVB nicht abgeändert werden. Die vorgenannten Regelungen nehmen wiederum Bezug auf die nachrangig geltenden Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (**VOL/B 2003**). Die in diesem Vertrag genannten §§ beziehen sich auf die VOL/B 2003. Die aufgeführten Ziffern beziehen sich auf die BVB selbst bzw. auf die ZVB, sofern dies entsprechend angegeben ist.

¹ Im Falle einer Losvergabe bezieht sich der Vertrag nur auf das oder die bezuschlagten Lose

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)

EVL-0037-2026

Inhaltsverzeichnis

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)	1
Inhaltsverzeichnis	2
Präambel	2
1. Vertragsbestandteile, Rangordnung und Auslegungsregeln	3
2. Laufzeit und Beendigung des Vertrages	3
3. Vertragsgegenstand, Ausführungsfristen, Vertragsfristen	4
4. Leistungen des Auftragnehmers	4
5. Haftung der Vertragsparteien, Versicherung des Auftragnehmers	5
6. Ersatzvornahme, Verzug, Vertragsstrafen (§ 11 VOL/B)	6
7. Sicherheitsleistung (zu Ziffer 27 und 28 ZVB)	7
8. Vergütung, Preisanpassung, Zahlungsbedingungen (zu Ziffer 24 ZVB)	7
9. Personal des Auftragnehmers, Drittunternehmen	8
10. Hausordnung, Lagepläne, Parkraummanagement	9
11. Mindestlohn, Equal Pay	9
12. Datenschutz, Geheimhaltung und Vertraulichkeit, Informationssicherheit, Sicherheitsstandards (KRITIS) und Risikomanagement, Sonderkündigungsrecht	10
13. Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte	10
14. Rechtsnachfolge	10
15. Salvatorische Klausel	10
16. Schlussbestimmungen, Formerfordernis, geltendes Recht und Gerichtsstand	11

Präambel

Dem Abschluss dieser Besonderen Vertragsbedingungen ging das europaweite Vergabeverfahren mit der LMU-Klinikums-Projekt-Nummer **EVL-0037-2026** voran.

Eine hochwertige, zuverlässige und zügige Leistungserbringung unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Belange ist für den Auftraggeber von entscheidender Bedeutung. Im Fokus steht die Versorgungssicherheit des Universitätsklinikums. Der Auftraggeber erwartet, dass die Ver- und Entsorgung des LMU Klinikums in die höchste Prioritätsstufe des Dienstleisters eingegliedert wird. Es ist unabdingbar, dass der Auftragnehmer die für die Durchführung der Leistungen relevanten Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und sonstigen Normen jederzeit einhält (vgl. auch Ziff. 5.2 der ZVB) und für eine einwandfreie Leistungserbringung Sorge trägt.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vertragsparteien folgenden Vertrag über die ausgeschriebene Leistung „**Logistikleistungen Campus Innenstadt**“.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

1. Vertragsbestandteile, Rangordnung und Auslegungsregeln

Maßgeblich für die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien sind die vertraglichen Regelungen. Bei Abweichungen oder Widersprüchen der Vertragsinhalte gilt folgende Prioritätensetzung:

- diese Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) zusammen mit den dort erwähnten Anlagen, insbesondere der „Anlage Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards“ gegebenenfalls ergänzt um die gegenüber allen Bietern veröffentlichten Klarstellungen auf Bieterfragen
- die „Leistungsbeschreibung“ nebst zugehörigen Anlagen, gegebenenfalls ergänzt um die gegenüber allen Bietern veröffentlichten Klarstellungen auf Bieterfragen
- das vom Auftragnehmer in seinem Angebot befüllte „Preisblatt“
- die sonstigen veröffentlichten Vergabeunterlagen
- die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB)“
- die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)“
- die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (VO PR 30/53)
- das Angebot des bezuschlagten Auftragnehmers

2. Laufzeit und Beendigung des Vertrages

2.1 Laufzeit des Vertrages: Der Vertrag wird für einer Festlaufzeit **zwei (2) Jahren** geschlossen:

Beginn: 01.12.2026

Ende: 30.11.2028 (bzw. 30.11.2030 bzw. 30.11.2031 bei Vertragsverlängerung, vgl. Gliederungspunkt 2.2)

Sofern sich der Beginn des Leistungszeitraums aus Gründen, die zu Beginn des Vergabeverfahrens noch nicht absehbar sind (z.B. Unwägbarkeiten im Vergabeverfahren) im angemessenen Umfang verschiebt, so bleibt davon die gesamte Dauer der Laufzeit unberührt, das oben angeführte Ende-Datum verschiebt sich in diesem Fall ebenso wie das Beginn-Datum in die Zukunft.

2.2 Der Vertrag beinhaltet für den Auftraggeber zwei einseitige **Optionen** auf Vertragsverlängerung: zunächst um zwei weitere Folgejahre („Option 1“ - **Vertragsjahre 3 und 4**) und sodann um ein weiteres Folgejahr („Option 2“ – **Vertragsjahr 5**), jeweils zu den Bedingungen dieses Vertrages. Der Auftraggeber kann sein Optionsrecht jeweils spätestens drei Monate vor Ablauf der unter Ziffer 2.1 genannten Laufzeit in Textform gegenüber dem Auftragnehmer ausüben.

2.3 Während der Festlaufzeit ist eine **ordentliche Kündigung** ausgeschlossen.

2.4 Beide Parteien haben das Recht zur **außerordentlichen Kündigung** aus wichtigem Grund. Als wichtiger Grund **für den Auftraggeber** gilt bzw. gelten insbesondere:

- (1) wenn auf Seiten des Auftragnehmers eine wesentliche oder fortgesetzte Verletzung der Vertragspflichten im Sinne von § 314 Absatz 1 Satz 2 BGB vorliegt; vgl. nicht abschließend aber beispielhaft Ziffer 4.3
- (2) wenn auf Seiten des Auftragnehmers Umstände vorliegen, welche eine ordnungsgemäße Erfüllung des Vertrages offensichtlich unmöglich machen;
- (3) wenn auf Seiten des Auftragnehmers einer der in „Anlage Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards“ unter Gliederungspunkt D genannten Gründe vorliegt.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

Weitere Lösungsrechte vom Vertrag bleiben unberührt (z.B. im Zusammenhang mit Insolvenz oder wettbewerbsbeschränkender Absprachen, vgl. ZVB Ziff. 15 und VOL/B §8).

2.5 Die Kündigung des Vertrages bedarf der Schriftform.

3. Vertragsgegenstand, Ausführungsfristen, Vertragsfristen

3.1 Leistungsumfang, Mitteilungspflicht Auftragnehmer

- (1) Der Vertragsgegenstand und Leistungsumfang bestimmt sich nach der **Leistungsbeschreibung nebst Anlagen**, diesen Vertragsbedingungen sowie den sonstigen Vergabeunterlagen. Zusätzliche Leistungen werden nur dann vergütet, wenn eine Vergütung hierfür ausdrücklich schriftlich vereinbart ist. Die Erbringung der Leistung durch den Auftragnehmer muss nach den allgemein anerkannten Regeln, fachgerecht und nach dem Stand der Technik unter Beachtung aller behördlichen und gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen zum Zeitpunkt der Leistungserbringung erfolgen. Der Auftragnehmer gewährleistet dabei insbesondere, dass der vertraglich vereinbarte Zustand erreicht wird.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, durch geeignete Maßnahmen eine kontinuierliche Qualität der Dienstleistung sicherzustellen (Qualitätskontrolle). Ergänzend zu ZVB Ziff. 5.2 verpflichtet sich der Auftragnehmer, die ihm bekannten und bekannt gemachten allgemeinen und spezifischen Unfallverhütungs- und Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. Der Auftragnehmer wird auch spezielle Vorgaben des Auftraggebers im Hinblick auf Unfallverhütung und Sicherheitsmaßnahmen beachten.
- (3) Der Auftragnehmer versichert, technisch und wirtschaftlich in der Lage zu sein, den im Vertrag definierten Leistungsumfang auszuführen. Der Auftragnehmer hat im Rahmen des Vergabeverfahrens, das dem Abschluss des Vertrages vorausgegangen ist, nachgewiesen, dass er über die notwendige Eignung für die Leistungserbringung, einschließlich der hierfür benötigten sachlichen und personellen Ressourcen verfügt. Er gewährleistet, die nachgewiesene Leistungsfähigkeit über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten, insbesondere auch etwaige nachgewiesene Zertifizierungen und legt dem Auftraggeber auf Anforderung hierüber aktualisierte Nachweise vor. Für den Auftraggeber sind das Fortbestehen dieser Eignung und eine gewissenhafte, zuverlässige und fachgerechte Ausführung der Leistungen von wesentlicher Bedeutung. Ergeben sich Änderungen, informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unaufgefordert unter Beifügung der jeweils aktuellen Unterlagen.

3.2 Ausführungsfristen / Vertragsfristen

- (1) Der Auftragnehmer hat die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung fristgemäß auszuführen.
- (2) Die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Zeiten der einzelnen Aufgaben sind verbindliche Leistungstermine.

4. Leistungen des Auftragnehmers

4.1 Verbesserungen der Leistungskomponenten führen in Ergänzung zu Ziff. 9 ZVB nur dann zu Preisanpassungen gemäß § 2 Nr. 3 VOL/B, wenn diese zuvor schriftlich vereinbart wurden. Ohne eine solche Vereinbarung gelten die vereinbarten Preise für die Leistung.

4.2 Ort der Leistungserbringung

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)

EVL-0037-2026

Die beauftragten Leistungen des Auftragnehmers sind an den in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Orten zu erbringen. Die Abhol- und Ablieferorte sind der Leistungsbeschreibung nebst zugehöriger Anlagen zu entnehmen.

- 4.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen vertragsgemäß zu erbringen (vgl. insb. die Leistungsbeschreibung nebst Anlagen). Ein Fall von mangelhafter Leistung liegt insbesondere in folgenden Konstellationen vor:

- Verstoß des Auftragnehmers gegen gesetzliche Vorschriften oder behördliche Bestimmungen
- Einsatz von Personal, das nicht den Vorgaben der Leistungsbeschreibung entspricht oder nicht entsprechend den Vorgaben der Leistungsbeschreibung geschult ist
- Nicht-Leistung oder nicht termingetreue Leistung des Auftragnehmers trotz Leistungspflicht in der vorgegebenen Zeit oder sonstige nicht vertragsgemäße Leistung.
- Verstoß des Auftragnehmers gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen

Erbringt der Auftragnehmer die Leistungen mangelhaft, stehen dem Auftraggeber unter den zusätzlichen Voraussetzungen von Gliederungspunkt 2.4 Kündigungsrechte aus wichtigem Grund und unter den Voraussetzungen von Gliederungspunkt 6.3 Vertragsstrafenansprüche zu.

5. Haftung der Vertragsparteien, Versicherung des Auftragnehmers

- 5.1 Der *Auftragnehmer* haftet nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit in den Vertragsunterlagen nichts Abweichendes geregelt ist.

- 5.2 Ergänzend zu ZVB Ziff. 6 gilt: Der *Auftragnehmer* hat eine verkehrsübliche Betriebs- bzw. Berufshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Schadensfall, je Versicherungsjahr zweifach maximiert vorzuhalten:

• Personenschäden	10.000.000 €
• Sachschäden	10.000.000 €
• Vermögensschäden	250.000 €
• Bearbeitungsschäden	10.000.000 €
(Bearbeitungsschäden: Tätigkeitsschäden, in der Personen- und Sachschäden-Versicherung enthalten)	
• Schlüsselversicherung	250.000 €

Die Schlüsselversicherung hat insbesondere für das Abhandenkommen von Schlüsseln (inkl. Transpondern und Parkkarten) einzustehen.

Die Haftpflichtversicherung muss bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut abgeschlossen worden sein. Die Haftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten und nachgewiesen werden.

Eingetretene oder sich abzeichnende Schäden sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unaufgefordert den Nachweis der Versicherungen vor Leistungsbeginn und jeweils zum Beginn eines jeden Jahres durch Vorlage des Versicherungsscheins / der Versicherungsscheine vorzulegen. Auf Verlangen des Auftraggebers ist der Nachweis auch zu einem anderen Zeitpunkt zu erbringen. Änderungen sowie Beendigungen der Versicherungsverhältnisse sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

- 5.3 Der *Auftraggeber* haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, für leichte Fahrlässigkeit nur bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Wesentliche Vertragspflichten sind solche Verpflichtungen, die vertragswesentliche Rechtspositionen des Auftragnehmers schützen, die ihm der Vertrag nach seinem Inhalt und Zweck zu gewähren hat; wesentlich sind ferner solche

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftragnehmer regelmäßig vertraut hat und auch vertrauen darf.

6. Ersatzvornahme, Verzug, Vertragsstrafen (§ 11 VOL/B)

6.1 Kommt der Auftragnehmer seinen vertraglichen Pflichten nicht zu dem vereinbarten Termin, nicht in dem vereinbarten Umfang oder nicht in der vereinbarten Qualität nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, nach **Abmahnung** innerhalb einer angemessenen Frist auf Kosten des Auftragnehmers die nicht ordnungsgemäß erbrachten Leistung vornehmen zu lassen (**Ersatzvornahme**). Das Gleiche gilt, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten nur teilweise oder fehlerhaft ausführt. Der Anspruch des Auftraggebers auf Vertragserfüllung wird durch die Ersatzvornahme nicht berührt. Ansprüche auf Ersatz von Ersatzvornahmekosten können gegen Vergütungsansprüche des Auftragnehmers aufgerechnet werden.

6.2 Der Auftraggeber kann im Fall des Verzugs den **Verzugsschaden** verlangen. Anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.

Dem Auftraggeber bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

6.3 Die Vertragsparteien vereinbaren, dass der Auftragnehmer im Falle mangelhafter Leistungserbringung des Auftragnehmers (siehe Gliederungspunkt 4.3) **Vertragsstrafen** zu bezahlen hat wie folgt:

(1) Es werden Vertragsstrafen wegen Missachtung der verbindlichen Leistungstermine (Vertragsfristen) in nachfolgend genannten Fällen vereinbart. Jedes Abweichen von den vorgegebenen Zeiten zieht eine Vertragsstrafe nach sich.

- a. Vertragsstrafen Speisenversorgung: Bei schuldhafter Überschreitung des vereinbarten Stationsbelieferungszeitfensters (einschließlich Retoure) um mehr als 15 Minuten ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 100 € je Vorfall (TTW) geltend zu machen.
- b. Vertragsstrafen Schnellschnitttransporte: Bei schuldhafter Überschreitung des vereinbarten Transportzeitfensters für Schnellschnitttransporte vom OP des Klinikums Innenstadt zur Pathologie (ab telefonischer Anforderung bis Abgabe des Schnellschnitttransports in der Pathologie steht ein Zeitfenster von 30 Minuten zur Verfügung) um mehr als 10 Minuten, ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 150€ je Vorfall geltend zu machen.

Der jeweilige Nachweis des Nichtverschuldens obliegt dem Auftragnehmer.

Die Summe der Vertragsstrafen ist

- pro Kalendertag insgesamt jeweils begrenzt auf die Höhe von 0,2 v.H. und
- pro Monat insgesamt jeweils begrenzt auf die Höhe von 5 v. H.

der tatsächlich geschuldeten monatlichen Netto-Vergütung.

(2) Es werden Vertragsstrafen wegen Wettbewerbsbeschränkungen vereinbart gemäß Ziff. 16 der ZVB.

(3) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat in Textform zu erfolgen. Vertragsstrafenansprüche können gegen Vergütungsansprüche des Auftragnehmers aufgerechnet werden, können also mit

Gemeinsam. Fürsorglich. Wegweisend.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

dem zu zahlenden monatlichen Entgelt verrechnet werden. Weitere gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Insbesondere die Geltendmachung eines über die Vertragsstrafe hinausgehenden möglicherweise entstandenen Schadensersatzanspruchs, etwa wegen Nicht- oder Schlechterfüllung der vertraglichen Leistungen bleibt unberührt. Die Vertragsstrafe wird aber auf einen solchen Schadensersatzanspruch angerechnet.

7. Sicherheitsleistung (zu Ziffer 27 und 28 ZVB)

Es werden keine Sicherheiten gefordert.

8. Vergütung, Preisanpassung, Zahlungsbedingungen (zu Ziffer 24 ZVB)**8.1 Vorauszahlungen**

Abschlags- oder Vorauszahlungen sind nicht zu leisten.

8.2 Vergütung, Rechnungsstellung

(1) Die Vergütung erfolgt gemäß den im Angebot angegebenen Preisen.

(2) Bei der Rechnungsstellung sind die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung einzuhalten. Details sind in **ZVB Ziff. 22** geregelt (u.a zur elektronischen Adresse).

8.3 Preise, Stundenverrechnungssätze

Der vereinbarte Preis ist ein **Pauschalpreis** für den Auftragszeitraum, in dem alle Kosten wie Personalaufwendungen (inkl. für Koordinatoren und Projektverantwortliche) und sächlichen Nebenkosten wie z.B. Fahrt- und Reisekosten, Ausstattung (auch Kleidung und Sonderausrüstung) sowie Fortbildungskosten enthalten sind. Auch Einarbeitungszeiten gehen zu Lasten des Auftragnehmers und werden nicht gesondert vergütet. Sonderregelung: entgegen der allgemeinen Regelung in Ziff. 24.1 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) findet in diesem Vertragsverhältnis die Regelung zum Skontoabzug durch den Auftraggeber keine Anwendung.

Der Pauschalpreis ist für die Vertragslaufzeit ein **Festpreis**. Dieser kann nur unter den Voraussetzungen des Gliederungspunktes 8.4 angepasst werden.

Die Kalkulation des Vertragspreises hat unter Beachtung der gültigen Mindestlöhne zu erfolgen.

Im Rahmen der Kontrollpflicht laut AEntG § 23 Abs. (2) und (3) kann der Auftraggeber jederzeit zu internen Prüfzwecken eine Aufschlüsselung der diversen Stundenverrechnungssätze inkl. der zugehörigen Lohnabrechnungen verlangen (Namen und sonstige personenbezogene Daten ggf unkenntlich gemacht).

8.4 Preisanpassungen

(1) Im Preisblatt ist der monatliche Nettopreis der Vergütungspauschale anzugeben unter gesondertem Ausweis des einschlägigen Umsatzsteuersatzes. Dieser Preis bleibt für die ersten 24 Monate ab Leistungsbeginn unverändert.

(2) Mögliche Anpassungen der monatlichen Pauschale können erstmals nach Ablauf von 24 Monaten nach Vertragsbeginn erfolgen, also ab dem Vertragsjahr 3 (im Falle einer Vertragsverlängerung).

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

Weitere Anpassungen können jeweils nach Ablauf weiterer 24 Monate erfolgen, also ab dem Vertragsjahr 5 (im Falle einer Vertragsverlängerung).

Eine mögliche Preiserhöhung erfolgt indexbasiert. Als Index für die Vergütungsanpassung wird der **Lohntarifvertrag für die gewerblichen Beschäftigten in der Gebäudereinigung** ausschließlich im Bereich der **Lohngruppe 1** herangezogen.

Die Anpassung der monatlichen Vergütungspauschale erfolgt nicht zeitgleich mit Tarifänderungen, sondern ausschließlich zu den festgelegten Anpassungszeitpunkten. Dabei werden künftige Änderungen des Lohntarifvertrags in der Lohngruppe 1 berücksichtigt, wobei sich die Anpassung nur auf 80 % der monatlichen Vergütungspauschale bezieht. Die übrigen 20 % der monatlichen Vergütungspauschale bleiben unverändert.

Zur Berechnung der Vergütungsanpassung wird folgende Formel verwendet:

$$\text{VGP NEU} = \text{VGP ALT} \times (0,2 + 0,8 \times (\text{Lohntarif Gruppe 1 NEU} / \text{Lohntarif Gruppe 1 ALT}))$$

VGP = monatliche netto Vergütungspauschale

Die Gesamtvergütung steigt somit entsprechend der Entwicklung der Lohngruppe 1 der Gebäudereinigung seit Auftragsbeginn, jedoch jeweils erst zum nächsten Anpassungszeitpunkt nach Ablauf von 24 Monaten. Die Gesamtvergütung erhöht sich um den Prozentsatz, um welchen die Lohngruppe 1 seit Auftragsbeginn oder seit der letzten Vergütungsanpassung gestiegen ist.

- (3) In gleicher Weise kann der AG bei tariflicher Lohnsenkung eine Minderung des Entgeltes verlangen.

9. Personal des Auftragnehmers, Drittunternehmen

- 9.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit der Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen ausschließlich zuverlässiges Personal zu beauftragen und laufend, insbesondere durch geeignete Koordinatoren zu beaufsichtigen. Er gewährleistet, dass alle von ihm mit der Erfüllung der vertraglichen Pflichten beauftragten Personen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für die Durchführung der Leistungen und den Datenschutz beachten und dass die aus dem Bereich des Auftraggebers erlangten Informationen nicht an Dritte weitergegeben oder sonst verwertet werden. Der Auftragnehmer untersagt seinem Personal insbesondere, Einblick in Akten, Schriftstücke, etc. des Auftraggebers zu nehmen, sofern es nicht für die Ausführung des Auftrags notwendig ist. Der Auftragnehmer verpflichtet die Mitarbeiter/-innen zur Verschwiegenheit über Vorgänge und Einrichtungen die ihnen bei Ausführung ihrer Tätigkeit bekannt werden, sowie zur Einhaltung der Hausordnung des Auftraggebers. Detaillierte Anforderungen an das Personal ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

Die zur Erbringung der Leistungen eingesetzten Personen müssen vereinbarungsgemäß, unabhängig davon jedoch mindestens dem Vertragszweck und der Aufgabenstellung entsprechend qualifiziert sein. Unabhängig davon wird der Auftragnehmer gewährleisten, dass die für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeitenden über die Qualifikation verfügen, die mindestens seinen diesbezüglichen Angaben sowie den Anforderungen des Auftraggebers im Vergabeverfahren entspricht. Unabhängig davon wird der Auftragnehmer gewährleisten, dass die für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter über die Qualifikation verfügen, die mindestens seinen diesbezüglichen Angaben sowie den Anforderungen des Auftraggebers im Vergabeverfahren entspricht.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache.

- 9.2 Nach Erhalt des Auftrages kann der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers ein namentlich benanntes Drittunternehmen austauschen oder ergänzen, sofern dieses Drittunternehmen geeignet ist, oder Leistungen, für die zunächst Drittunternehmen als Ausführende vorgesehen waren, selbst ausführen. Im Zweifel sind Verpflichtungen, Erklärungen und Nachweise entsprechend den Anforderungen im Vergabeverfahren beizubringen.

10. Hausordnung, Lagepläne, Parkraummanagement

(1) Bei Betreten der Räumlichkeiten des Auftraggebers gilt dessen Hausordnung in jeweils aktueller Fassung. Die derzeit gültige Hausordnung ist dem Vertrag als Anlage beigelegt.

(2) Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistungen desweiteren zu beachten die Lagepläne und die Hinweise zum Parkraummanagement.

11. Mindestlohn, Equal Pay

11.1 Pflicht zu Mindestlohn und Equal Pay

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Vorstehende Regelung gilt auch für eine etwaige Nachunternehmerkette.

11.2 Kontrolle

Zur Kontrolle der Gewährung des Mindestlohnes wird auf Aufforderung die Lohnabrechnung des eingesetzten Personals übermittelt. Der AN holt hierzu das Einverständnis des Personals ein.

11.3 Vorlage- und Übergabepflichten

Auf Aufforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer zum Nachweis der Einhaltung der ihm obliegenden Entlohnungs- und Sozialversicherungspflichten weitere Bescheinigungen und Bestätigungen vorzulegen.

11.4 Verstöße gegen Mindestlohnspflichten

(1) Erhalten Arbeitskräfte, die zur Erfüllung von Vertragsleistungen des Auftragnehmers eingesetzt sind, für tatsächlich geleistete Arbeit den ihnen nach den geltenden tarifvertraglichen / gesetzlichen Bestimmungen zustehenden Lohn nicht, nicht vollständig oder nicht termingerecht, so hat der Auftragnehmer als sofort fällige Pflicht gegenüber dem Auftraggeber an alle betroffenen Arbeitskräfte die vorenthaltenen Löhne zu zahlen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Kosten für Dolmetscherdienste sowie für anwaltliche Betreuung der betroffenen Arbeitskräfte zu erstatten und übliche Vorschüsse zu leisten.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

(2) Bei begründetem Verdacht von Verstößen gegen die Mindestlohnpflichten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachzuweisen, dass alle Arbeitskräfte den ihnen zustehenden Mindestlohn auch tatsächlich erhalten haben; dies kann z. B. durch Testat eines Wirtschaftsprüfers erfolgen. Bis zum Nachweis der vollständigen Erfüllung der Mindestlohnpflichten ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen bis zu 5 % der Auftragssumme **zurückzubehalten**, sofern die Erfüllung der Mindestlohnpflichten nicht bereits durch Bürgschaft gesichert ist.

Kann die Zahlung des Mindestlohns bzw. des geltenden Tarifentgelts nicht nachgewiesen werden, ist der Auftraggeber zur **Kündigung** des Vertrages berechtigt. Handelt es sich um einen vom Auftragnehmer beauftragten Nachunternehmer, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Nachunternehmer unverzüglich, spätestens innerhalb einer angemessenen Frist, zu kündigen und die Kündigung dem Auftraggeber nachzuweisen.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen der Arbeitnehmer des Auftragnehmers, der Arbeitnehmer seiner Nachunternehmer und allen Arbeitnehmern aller weiteren nachgeordneten Nachunternehmer und etwaiger Verleiher und der Sozialkassen gemäß § 14 AEntG, § 28 e Abs. 3 (a) – (e) SGB IV, § 13 MiLoG und weiterer eine entsprechende Haftung anordnenden gesetzlichen Vorschriften auf erste Anforderung freizustellen.

12. Datenschutz, Geheimhaltung und Vertraulichkeit, Informationssicherheit, Sicherheitsstandards (KRITIS) und Risikomanagement, Sonderkündigungsrecht

Es gelten die Bestimmungen der Anlage „Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards“.

13. Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte

Die vertragsgegenständlichen Leistungen sind für den Auftraggeber von essentieller Bedeutung (insb. zur Versorgung der Klinikstandorte). Eine Unterbrechung der Leistung hätte erhebliche materielle und immaterielle Einbußen zur Folge.

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrundeliegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

14. Rechtsnachfolge

Sofern Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf etwaige Rechtsnachfolger oder sonstige Nachfolgeunternehmen übertragen werden sollen, setzt dies in Bezug auf den Auftragnehmer jedenfalls voraus, dass auch der Rechtsnachfolger oder das Nachfolgeunternehmen die ursprünglich festgelegten Anforderungen an die Eignung erfüllt.

15. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Klauseln oder Bestimmungen des mit dem Zuschlag geschlossenen Vertrags ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt. Im Falle einer Lücke werden sie eine Bestimmung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, wenn die Angelegenheit bedacht worden wäre.

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
EVL-0037-2026

16. Schlussbestimmungen, Formerfordernis, geltendes Recht und Gerichtsstand

- 16.1 Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil. Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil. Sie werden auch nicht dadurch Vertragsbestandteil, dass der Auftragnehmer während der Vertragsdurchführung auf sie verweist.
- 16.2 Mündliche oder stillschweigende Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Jegliche Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Abänderung dieser Schriftformklausel.
- 16.3 Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Erfüllungsort für alle Leistungen ist München. Als Gerichtsstand wird im kaufmännischen Geschäftsverkehr München vereinbart.

- Ende der besonderen Vertragsbedingungen -